

28. April 2020



# Mitglieder-Information

## Covid-19-Maßnahmen für die Immobilienwirtschaft in ausgewählten Ländern Europas

Die Immobilienwirtschaft ist in allen europäischen Ländern von den Folgen der Covid-19-Pandemie betroffen. Unter den Partnerverbänden des BFW innerhalb des Europäischen Verbandes [Build Europe](#) herrscht derzeit ein reger Austausch.

Teilweise ist bzw. war das Baugeschehen, wie z. B. in Italien, Spanien und Frankreich, zu großen Teilen über Wochen hinweg komplett ausgesetzt. Viele Länder berichten über das Fehlen von Mitarbeitern auf den Baustellen und auch die mangelnde Verfügbarkeit von bestimmten Materialien.

Die Maßnahmen, die die Regierungen der Länder getroffen haben unterscheiden sich jedoch von Land zu Land.

In den meisten Ländern beziehen sich die Maßnahmen auf die Gesamtwirtschaft, woran die Immobilienwirtschaft partizipieren kann. Generell findet man in fast allen Ländern Programme zur Stützung der Wirtschaft, mit ähnlichen Instrumenten wie in Deutschland, wie z. B. Hilfskrediten, Bürgschaften, Stundungsregelungen für MwSt., Mieten, Sozialleistungen, Regelungen für Lohnausfall, Kurzarbeitergeld usw.

Darüber hinaus existieren aber schon jetzt spezielle Maßnahmen für die Branche. In **Frankreich** hat die Regierung ganz konkret ein Ankaufprogramm über 40.000 bis 50.000 Sozialwohnungen entwickelt, um die Branche auch nach der Krise zu stützen. Ähnliche Maßnahmen sind in **Großbritannien** in der Planung.

In **Luxemburg** werden die Unternehmen gezielt bei den Baugenehmigungsverfahren unterstützt. In **Polen** werden Anteilskäufe von Unternehmen durch staatliche Fonds erwogen sowie Unternehmen von Vertragsstrafen befreit, die durch Nichterfüllung von Aufträgen entstehen können. Aufenthaltsgenehmigungen für Arbeiter, die von außerhalb der EU kommen, werden automatisch verlängert. Gezielte Mittel für den Neubau, Renovierungen, Instandsetzungen von öffentlichen Einrichtungen werden in **Norwegen** bereitgestellt. Dort können Unternehmen, also auch gewerbliche Mieter, finanzielle Direkthilfen erhalten. Die Unterstützung soll einen Teil der Fixkosten abdecken. Zu den Fixkosten gehören

Mietzahlungen, Energierechnungen und Versicherungen, um auch die Vermieter bezahlen zu können. Ähnlich Maßnahmen gibt es in **Dänemark**, hier beteiligt sich der Staat an den Mietzahlungen für Gewerbetreibende und entlastet so gezielt auch die Vermieter.

Bei den Forderungen der Immobilienverbände der Länder gibt es viel Einigkeit: Große Befürchtungen bestehen in mehreren Ländern hinsichtlich der ins Stocken geratenen Genehmigungs- und Planungsverfahren, so wie in Deutschland auch. Hier besteht die Forderung nach einer kontinuierlichen Weiterführung der Genehmigungs- und Planungsprozesse seitens der Behörden. Auch Bauabnahmen und Bauinspektionen sollen weiterhin gewährleistet werden, um die Projektentwicklungen nicht zu verzögern und möglichst nahtlose Abläufe weiterhin sicherzustellen, immer unter der Prämisse der Einhaltung der staatlichen Hygienevorgaben.

Die Luxemburger Bauträger fordern zudem spezielle Leistungsgarantien für die Fortführung der Baustellen, um die Entlohnung der Subunternehmer und Auftragnehmer sicherzustellen, also die Liquidität bei den Bauträgern und Projektentwicklern hoch zu halten. In **Spanien** wird aber auch die Forderung aufgestellt, Moratorien für technische Regulierungen (Deregulierung) einzuführen, um die Produktivität nach der Krise anzukurbeln.

Die Einzelmaßnahmen der Länder und auch die Forderungen der Verbände haben wir für Sie in einer [Tabelle](#) zusammengefasst.

Wir werden Sie über die Entwicklungen bzw. weitere Maßnahmen zur Stützung der Immobilienwirtschaft in den europäischen Staaten auf dem Laufenden halten.

**Andreas Beulich**

**Stellvertretender Bundesgeschäftsführer/Referent Europapolitik, Markt und Digitalisierung**

[andreas.beulich@bfw-bund.de](mailto:andreas.beulich@bfw-bund.de)

**Tel.: 030 / 32781 - 107**